

Warum Europa, warum ein sozialistisches Europa?

Was würde ein „Raus“ aus der EU für Österreich bedeuten?

Österreich ist Nettozahler bekommt aber 94 % seiner Zahlungen wieder zurück

Beispiele:

Burgenland ist durch EU Geld ein blühendes Bundesland geworden

Wien hat mit EU Geld den Gürtel saniert

Der Euro hat eine niedrige Inflationsrate, der Schilling hatte schon 7%.

1 Euro wäre heute nur mehr rund 10 Schillinge wert und keine 13,764 S

Wiedereinführung des Schillings würde nach einer Berechnung des WIFO 32 Milliarden Euro kosten. Legt man deutsche Untersuchungen zugrunde wären es 10-15% des Bruttoinlandproduktes und somit ca. 46,5 Milliarden Euro.

Österreich müsste den Schilling zusätzlich aufwerten (Grund hierfür siehe oben), das würde unsere Waren verteuern und das Handelsvolumen schmälern, was sich in ca. 125 000 mehr Arbeitslosen bemerkbar machen würde. Derzeit exportiert Österreich 60% seiner Waren ins Ausland.

Für ein kleines Land wie Österreich wäre die Spekulation gegen eine eigene Währung gefährlicher als gegen die Währungsunion.

Beispiel Schweiz: Da gegen den Schweizer Franken spekuliert wurde musste die Schweizer Regierung 26 Milliarden Franken (das sind 21 Milliarden Euro) Stützungsgeld aufbringen.

Durch das Erasmusprogramm hat die österreichische studierende Jugend die Möglichkeit ein Jahr lang in einem anderen EU Land zu studieren und Erfahrungen zu sammeln. Die Schweiz ist aufgrund ihrer letzten Volksabstimmung aus diesem Programm herausgefallen.

Die EU ist ein Friedensprogramm

Wir haben seit 70 Jahren keinen Krieg mehr unter den EU Ländern. Der Nationalismus ist die Grundlage des Krieges und der Zerfall Jugoslawiens hätte ohne EU einen Krieg für Europa bedeuten können.

Die Kosten der EU sind nicht gering, das stimmt, aber hat schon jemand der Populisten nachgerechnet was ein Krieg kostet, abgesehen von dem Leid, das er bringt?

Aber nun das Negative: Die EU ist eine Sozialbaustelle:

Die Gründe dafür:

Neoliberalismus und die Steuerhinterziehung.

In Europa werden jedes Jahr 1000 Milliarden Steuern hinterzogen. (Einer dieser Steuerhinterzieher Ulli Höness war ja lange genug in den Medien)

Steuerwettbewerb und Flattax locken Firmen an, aber dies kann nur durch niedrige Sozialstandards und niedrige Umweltstandards erreicht werden.

Was wollen die Sozialisten unter Martin Schulz

1. Trockenlegung des Steuersumpfes
2. Nicht noch mehr Geld in die Agrarwirtschaft (wobei damit nicht unsere Bergbauern gemeint sind, sondern die Großgrundbesitzer) 50 % des EU Budgets geht in die Agrarwirtschaft.
3. Duale Arbeitsausbildung der Jugendlichen sowie in Österreich
4. Keine Kinkerlitzchen, wie Olivenkännchen am Tisch
5. Politik soll entscheiden und nicht die Wirtschaft, Fokus muss auf die Jugend gesetzt werden
6. Raus aus der Energieabhängigkeit von Russland-----Umsetzung von Energieeffizienz schafft auch Arbeitsplätze und kann 1/3 der Russlandabhängigkeit minimieren
7. Weg vom Neoliberalismus: Bahn Wasser, Wohnbau und Müllabfuhr müssen bei den Ländern und Gemeinden bleiben und dürfen nicht privatisiert werden.

Lissaboner Vertrag hat das EU Parlament gestärkt und Bürgerinitiativen möglich gemacht.

Beispiel Wasser: Europäische Bürgerinitiative hat die Privatisierungsvorschriften gestoppt. Viele Städte und Gemeinden privatisierten das Wasser und haben damit schlechte Erfahrungen gemacht. Berlin bemüht sich derzeit um den Rückkauf, Grenoble hat das schon gemacht aber dadurch ein Defizit von 170 Milliarden Euro. Die Privatunternehmer investieren nämlich nur das allernötigste und dann ziehen sie daraus Profit und die Qualität des Trinkwassers wird immer schlechter,

Im Moment läuft eine Initiative über den sozialen Wohnbau, angestoßen durch Michael Häupl, das Wiener Modell (Gemeindebau) des sozialen Wohnbaus soll auf Europa ausgedehnt werden.

Banken bekommen billiges Geld von der Europäischen Zentralbank, geben aber die Kredite nicht weiter – müssen dazu gezwungen werden, damit die Klein und Mittelbetriebe, die den Hauptteil der Beschäftigten haben wieder ordentlich arbeiten können.

Die Finanztransaktionssteuer ist eine Möglichkeit die Banken, die die Wirtschaftskrise ausgelöst haben zur Mithilfe bei deren Bewältigung zu zwingen

Italien ist unser wichtigster Handelspartner, wurde aber durch die Politik Berlusconis an den Rand des Ruins gebracht--- wir haben deshalb um 100 000 Arbeitslose mehr als wir haben würden.

Keine Leiharbeiter, die irgendwo billig angemeldet sind, sondern jeder sollte den Lohn erhalten, der in dem Lande in dem er arbeitet üblich ist. Das würde das Lohndumping in den Industrieländern minimieren. Beziehungsweise die Verhinderung von Pseudoselbständigen, die von irgendwoher engagiert werden.

Thema Freihandelsabkommen mit USA

Sozialisten sind dagegen, es würde für Europa nur Nachteile bringen. Europa exportiert doppelt so viel in die USA als umgekehrt und es würde für uns nur Nachteile im Arbeitsrecht und Umwelt bringen.

Beim Freihandelsabkommen mit Kanada ist Frankreichs Präsident Hollande darauf bestanden, dass Gemeinden und Kultur davon ausgenommen werden.

Seit dem Lissaboner Vertrag gibt es Grundrechte und Gewerkschaftsrechte in der EU

Thema Einwanderung:

Italien gibt allen Einwanderern sofort einen Pass und damit können sie in die restlichen EU-Länder weiterziehen daher braucht:

Europa klare Spielregeln für die Einwanderung, die für alle EU-Länder gelten müssen.

Thema illegale Einwanderung und Verbrechen.

Laut Statistik gibt es einen Rückgang an Einbrüchen, seit die Schengengrenze weiter in den Osten verschoben wurde.

Gewaltverbrechen (Mord, Totschlag) werden eher von unseren deutschen Nachbarn begangen, denn von den türkischen Mitbewohnern.

Kleindrogenhändler haben sehr oft Inländer als Hintermänner, man erfährt es aber nicht immer, da die Zeitungen dann nichts mehr darüber bringen.

Deutsche Bundesbürger, die hier leben profitieren von unserem Sozialsystem am meisten.

Es wird ein Arbeitsmarktservice für ganz Europa gefordert. Dies bedeutet aber nicht, dass man in das Ausland vermittelt wird, wenn man im Inland arbeiten möchte.

Übrigens Thema Neutralität:

Beim Beitritt Österreichs zur EU wurde von den Mitgliedsstaaten eine Deklaration unterschrieben, die besagt, dass die Neutralität Österreichs ein eigenständiger Beitrag Österreichs zur Friedenserhaltung ist.

Der Lissaboner Vertrag gefährdet die Neutralität nicht, denn es gibt keinen Militärpakt Europa, aber es gibt eine Solidaritätsklausel innerhalb der Union, wobei jedes Land selbst entscheidet ob und wie es an einem etwaigen Krieg teilnimmt.